

87.225

**Parlamentarische Initiative (de Chastonay)
Internationale Vereinigung
der Parlamentarier französischer Sprache
Initiative parlementaire (de Chastonay)
Association internationale
des parlementaires des langue française**

Wortlaut der Initiative vom 16. Juni 1987

Auf dem Wege der Einzelinitiative im Sinne von Artikel 21bis des Bundesgesetzes über den Geschäftsverkehr zwischen den Räten beantrage ich die Annahme des folgenden Beschlusses:

Bundesbeschluss über die Schweizerische Gruppe der Internationalen Vereinigung der Parlamentarier französischer Sprache (IVPFS)

vom ...

Die Bundesversammlung der Schweizerischen Eidgenossenschaft,

gestützt auf Artikel 8bis des Geschäftsverkehrsgesetzes, nach Einsicht in die Statuten der IVPFS vom September 1975

und nach Prüfung einer parlamentarischen Initiative, beschliesst:

Art. 1 Konstituierung

Die Schweizerische Bundesversammlung bildet die schweizerische Gruppe der Internationalen Vereinigung der Parlamentarier französischer Sprache (IVPFS).

Art. 2 Organisation

Abs. 1

Die Delegation der Schweizerischen Gruppe der IVPFS besteht aus Mitgliedern, die von den Büros des Nationalrates und des Ständerates gewählt werden. Die Amtsdauer beträgt vier Jahre und kann ausnahmsweise um höchstens zwei Jahre verlängert werden. Mitglieder der Delegation, die verhindert sind, können ersetzt werden.

Abs. 2

Die Fraktionen sind in der Delegation entsprechend ihrer Stärke in der Bundesversammlung vertreten. Den beiden Räten, den Amtssprachen und den Landesgegenden wird Rechnung getragen.

Abs. 3

Die Delegation konstituiert sich selbst. Sie bestimmt für die Dauer von zwei Jahren einen Präsidenten und einen Vizepräsidenten.

Abs. 4

.... besorgt das Delegationssekretariat.

Art. 3 Aufgaben der Delegation

Abs. 1

Die Delegation bereitet die Tagungen der Generalversammlung der IVPFS vor. Sie sorgt für die Kenntnissgabe der Wünsche und Beschlüsse der Generalversammlung und des Büros an die Bundesversammlung.

Abs. 2

Die Delegation berichtet den Räten jeweils in der Wintersession schriftlich über die Schwerpunkte der Tätigkeit der IVPFS und insbesondere der Schweizerischen Gruppe.

Art. 4 Beiträge

Der Bund bezahlt die Beiträge an die IVPFS. Das Büro setzt die Entschädigungen an die Delegierten fest.

Art. 5 Schlussbestimmungen

Dieser Bundesbeschluss ist allgemeinverbindlich; er untersteht jedoch aufgrund von Artikel 8bis des Geschäftsverkehrsgesetzes nicht dem fakultativen Referendum. Er tritt am Tag seiner Annahme in Kraft.

Texte de l'initiative du 16 juin 1987

Par voie d'initiative individuelle au sens de l'article 21bis de la loi sur les rapports entre les conseils, je propose l'adoption de l'arrêté suivant:

Arrêté fédéral concernant la section suisse de l'Association internationale des parlementaires de langue française (AIPLF)

du ...

L'Assemblée fédérale de la Confédération suisse, vu l'article 8bis de la loi sur les rapports entre les conseils, vu les statuts de l'AIPLF de septembre 1975, vu une initiative parlementaire, arrête:

Article premier Constitution

L'Assemblée fédérale constitue la section nationale de l'Association internationale des parlementaires de langue française (ci-après AIPLF).

Art. 2 Organisation

Al. 1

La délégation de la section suisse de l'AIPLF se compose des membres désignés par les Bureaux du Conseil national et du Conseil des Etats. Le mandat est de quatre ans et peut être exceptionnellement prolongé de deux ans au plus. Les membres de la délégation empêchés peuvent être remplacés.

Al. 2

Les groupes parlementaires ont une représentation qui correspond à leur importance numérique au sein de l'Assemblée fédérale. Il est tenu compte des deux Chambres, des langues officielles et des régions du pays.

Al. 3

La délégation se constitue elle-même. Elle désigne pour une période de deux ans un président et un vice-président.

Al. 4

Le secrétariat de la délégation est assuré par ...

Art. 3 Attribution

Al. 1

La délégation prépare les séances de l'Assemblée générale de l'AIPLF. Elle veille à ce que les vœux et les résolutions prises par l'Assemblée générale et le Bureau soient portés à la connaissance de l'Assemblée fédérale.

Al. 2

La délégation présente chaque année, aux deux conseils, lors de la session d'hiver, un rapport écrit sur les aspects essentiels de l'activité de l'AIPLF et, plus spécialement, de la section suisse.

Art. 4 Contribution aux dépenses

Les contributions à l'AIPLF sont prises en charge par la Confédération. Les Bureaux décident dans quelle mesure les délégués sont indemnisés.

Art. 5 Dispositions finales

Le présent arrêté est de portée générale, il n'est cependant pas soumis au référendum facultatif conformément à l'article 8bis de la loi sur les rapports entre les conseils. Il entre en vigueur le jour de son adoption.

Herr **Darbellay** unterbreitet im Namen der Kommission den folgenden schriftlichen Bericht:

Gemäss Artikel 21ter des Geschäftsverkehrsgesetzes unterbreiten wir Ihnen den Bericht der Kommission, der die in der Sommersession von Nationalrat de Chastonay eingereichte Initiative zur Vorprüfung zugewiesen worden ist. Die Initiative beantragt die Annahme eines Bundesbeschlusses über die Schweizerische Gruppe der Internationalen Vereinigung der Parlamentarier französischer Sprache (Association internationale des parlementaires de langue française, AIPLF).

In der Sitzung vom 17. Februar 1988 hat die Kommission den Verfasser der Initiative angehört und einstimmig beschlossen, dem Nationalrat zu beantragen, der Initiative Folge zu geben.

Allgemeines

Die AIPLF geht auf eine Anregung des ehemaligen Präsidenten der Republik Senegal Léopold Sedar Senghor zurück und ist 1967 gegründet worden. Präsident Senghor wollte eine Gemeinschaft von Parlamentariern schaffen, die französisch sprechen oder das Französische als Arbeitssprache benutzen und die sich im Geiste der Solidarität und der Zusammengehörigkeit zu kultureller Zusammenarbeit zusammenfinden.

Nach Artikel 2 der Statuten will der AIPLF «jede Initiative unterstützen, welche die Bedeutung der französischen Sprache fördert, und sich an jeder Initiative beteiligen, die zum Ziel hat, die französische Kultur in den ganz oder teilweise französischsprachigen Ländern zu wahren und zur Geltung zu bringen.

Sie beteiligt sich an allen Aktionen, die darauf hin zielen, über die französische Sprache Kultur und Zivilisation derjenigen Völker zu fördern und zu verbreiten, die zwar nicht dem französischen Kulturkreis angehören, jedoch üblicherweise die französische Sprache verwenden.

Die AIPLF will so durch die Untersuchung kultureller, wirtschaftlicher und sozialer Fragen von allgemeinem Interesse und durch die Unterstützung sich daraus ergebender Initiativen:

- zwischen den in der AIPLF zusammengeschlossenen Parlamentariern eine enge Zusammenarbeit herstellen, um die Solidarität zu stärken, die der Gebrauch der französischen Sprache unter ihnen schafft,
- und zur Begründung eines echten Dialogs zwischen den Kulturen beitragen.»

Organe der AIPLF

Die Generalversammlung: Sie tritt grundsätzlich mindestens alle zwei Jahre zusammen. Seit der Gründung der AIPLF vor 21 Jahren hat die Generalversammlung sechzehnmal getagt.

Das Büro: Es versammelt sich anlässlich der Generalversammlung sowie zu Frühjahrstagungen. Es besteht aus 10 bis 15 Mitgliedern.

Das Generalsekretariat: Es hat seinen Sitz in Paris.

Präsident der AIPLF ist gegenwärtig Senator Martial Asselin, von Kanada, parlamentarischer Generalsekretär ist Jacques Legendre, Abgeordneter und Bürgermeister von Cambrai.

Zusammensetzung

Artikel 3 der Statuten regelt die Zusammensetzung der Vereinigung. Sie setzt sich «aus Parlamentariern zusammen, die in nationalen Gruppen zusammengefasst sind; die nationalen Gruppen werden von den Parlamenten oder von Parlamentsmitgliedern derjenigen Staaten gebildet, in denen das Französische Amtssprache, Verkehrssprache oder häufig gesprochene Sprache ist».

In den Einheitsstaaten wird nur eine nationale Gruppe gebildet. Nationale Gruppen gibt es zurzeit in den Parlamenten von Belgien, Brasilien, Kamerun, der Komoren, des Kongo, der Elfenbeinküste, von Djibouti, Ägypten, Frankreich, Jersey, des Libanon, von Mali, Marokko, Mauritius, Monaco, Ruanda, Senegal, der Seychellen, von Syrien, Togo, Tunesien, Vanuatu und Zaire.

In den Staaten mit einer föderalistischen Verfassung «können zusätzlich zur nationalen parlamentarischen Gruppe unter den gleichen Voraussetzungen auch Gruppen aus den Parlamenten der Gliedstaaten oder der Provinzen gebildet werden».

So gibt es neben der Gruppe Kanadas Gruppen der Provinzen Neubraunschweig, Ontario und Quebec. In der Schweiz bestehen neben der von den Mitgliedern der Bundesversammlung gebildeten Gruppe auch eine Jurassische Gruppe (seit 1979) und eine Genfer Gruppe (seit 1986). Gruppen stellen weiter Louisiana und Maine (USA) sowie das Aostatal (Italien).

Tätigkeit

Unter den Leistungen der AIPLF ist in erster Linie die Gründung der Agentur für kulturelle und technische Zusam-

menarbeit (ACCT) zu nennen. Genannt seien auch der Kampf gegen die Trockenheit in der Sahelzone, ein Symposium über das Thema «Die Frau im Parlamentsbetrieb», Untersuchungen über die Sonnenenergie, die Probleme der Wanderarbeitnehmer, den Zugang der Binnenländer zum Meer, die Beherrschung des Weltraums und die Telematik sowie auch Ausbildungspraktika für Journalisten und Dokumentalisten, die in Parlamenten tätig sind.

Akkreditierungen

Die AIPLF ist beim Europarat, beim Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen, bei der UNESCO und der IAO akkreditiert. Sie unterhält u. a. regelmässige Beziehungen zur Interparlamentarischen Union (IPU) und zur «Commonwealth Parliamentary Association».

Die Schweizerische Gruppe der AIPLF

Seit 1968 haben Bundesparlamentarier und einige Mitglieder von Kantonsparlamenten unregelmässig und auf eigene Kosten an den Generalversammlungen der AIPLF teilgenommen. Die Schweizerische Gruppe vereinigte ständig etwa 40 Mitglieder der Bundesversammlung, die der Gruppe als Einzelmitglieder angehörten. Darunter befanden sich auch einige Deutschschweizer. Präsident der Gruppe ist Guy-Olivier Segond, der den vorherigen Präsidenten Pierre de Chastonay ablöste. Jedes Mitglied leistet einen Jahresbeitrag von 40 Franken.

Gründe für den Antrag der Kommission

Jetzt, da sich der Bundesrat in seiner Antwort auf verschiedene parlamentarische Vorstösse bereit erklärt hat, die im Rahmen der AIPLF hergestellte sprachliche und kulturelle Zusammenarbeit zu unterstützen, gilt es, die Rolle der Schweizerischen Gruppe der AIPLF aufzuwerten. Sie soll durch einen Bundesbeschluss, wie er über die Delegation bei der IPU besteht, einen offiziellen Status erhalten. Auf diese Weise kommt die Gruppe in den Genuss jenes Minimums an Infrastruktur, das sie für ihre Tätigkeit braucht.

Da die Schweizerische Gruppe jährlich nur über einen Betrag von etwa 1600 Franken verfügt, kann sie nicht wirklich aktiv sein. Wird ihre Stellung nicht verbessert, so bleibt ihr nichts anderes übrig, als ihre Tätigkeit einzustellen und auf wertvolle internationale Kontakte zu verzichten.

Im Lauf der Geschichte wurde das Französische einerseits zur Amts- und Landessprache der Schweiz und andererseits zu einer internationalen Sprache. Diese Situation bietet Vorteile, welche die Schweiz nutzen sollte, da sie erlauben, über fünf Kontinente hinweg mit über 40 Staaten kulturell zusammenzuarbeiten.

Die Schweizerische Gruppe der AIPLF hat nie die Meinung vertreten, eine Sprache sei höhergestellt als eine andere. Aber sie ist der Ansicht, dass es mehr Sprachen geben muss, die eine universale Rolle spielen können. Zu diesen Sprachen gehört das Französische. Die Schweizerische Gruppe der AIPLF ist nie ein frankophones Kulturghetto gewesen, das man separatistischer Absichten hätte verdächtigen können und das nur Personen französischer Muttersprache offengestanden wäre. Die Schweizerische Gruppe wird auch nie zu einem solchen Kulturghetto werden. Die Initiative de Chastonay sieht denn auch vor, dass in die offizielle Delegation der Bundesversammlung, deren Konstituierung sie vorschlägt, Vertreter aller vier Landessprachen aufgenommen werden.

Die Kommission billigt die Bestrebungen des Bundesrates, die Stellung der deutschen Sprache auf internationaler Ebene zu verbessern. Sie hat gegen die engen Kontakte, die unser Land auf wirtschaftlicher sowie finanz- und verkehrspolitischer Ebene zur Bundesrepublik Deutschland und zu Oesterreich unterhält, nichts einzuwenden. Und sie ist der Meinung, dass die Schweiz Vereinigungen deutsch- oder italienischsprachiger Parlamentarier betreten sollte, falls solche Vereinigungen geschaffen werden.

Bei Annahme der Initiative würde das Bundesparlament als solches die Schweizerische Gruppe der AIPLF bilden. Die schweizerische Delegation hätte an den Konferenzen als

Gruppe mit offiziellem Status ein grösseres Gewicht. Die Delegierten würden mit ihren Voten weder die Eidgenossenschaft noch das Parlament verpflichten. Auf den Gebieten der Kultur oder der Entwicklungszusammenarbeit sieht die Kommission für ihre Tätigkeit keine Schranken. In politischen Fragen hingegen sollten sich die Delegierten – wie dies übrigens auch die Mitglieder der Delegation bei der IPU tun – die gleiche Zurückhaltung auferlegen wie bisher. Nach der Kommission ist es nicht erwünscht, dass das Bundesparlament wegen fehlender Mittel in der AIPLF nicht vertreten ist und dass einzig Mitglieder von Kantonsparlamenten der Vereinigung angehören.

Wie der Staatssekretär des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten, den die Kommission über seine Erfahrungen nach dem Gipfel von Paris und Quebec angehört hat, unterstrich, gibt es auf internationaler Ebene zwischen der Haltung der Regierungsvertretungen und der Haltung von Parlamentsvertretungen eine Parallele. In der UNO und an den Gipfelkonferenzen der frankophonen Staaten, wo auch über politische Fragen beraten und entschieden wird, hat die Schweiz den Beobachterstatus inne. In der Interparlamentarischen Union und der AIPLF kann die Schweiz hingegen ohne weiteres Vollmitglied sein, da diese Organisationen nur Resolutionen verabschieden, die nicht zwingend sind.

Der Bundesbeschluss, den die Initiative vorschlägt, stützt sich auf Artikel 8bis des Geschäftsverkehrsgesetzes, der sich mit der Mitarbeit in internationalen parlamentarischen Organisationen befasst. Bei einer Annahme des Beschlusses würde aus den Reihen der beiden Räte eine Delegation von sechs Mitgliedern bestimmt. Die Entschädigung der Delegierten, die Uebernahme der Reisespesen und ein jährlicher Beitrag von 9000 Franken an den Sitz der Vereinigung gingen zu Lasten der Bundeskasse. Das Jahresbudget würde sich auf etwa 40 000 bis 50 000 Franken belaufen.

M. Darbellay présente au nom de la Commission le rapport écrit suivant:

Conformément à l'article 21ter de la loi sur les rapports entre les conseils, nous vous soumettons le rapport de la commission chargée de l'examen préalable de l'initiative déposée par le conseiller national de Chastonay lors de la session d'été 1987, initiative qui propose l'adoption d'un arrêté concernant la section suisse de l'Association internationale des parlementaires de langue française.

Au cours de sa séance du 17 février 1988, la commission a entendu l'auteur de l'initiative et a décidé, à l'unanimité, de proposer au Conseil national de donner suite à celle-ci.

Généralités

L'AIPLF est née en 1967 d'une suggestion de M. Léopold Sedar Senghor, ancien président de la République du Sénégal, qui entendait créer une communauté de parlementaires utilisant de langue française comme langue d'expression ou de travail et assurant entre eux une coopération culturelle dans un élan de solidarité et de fraternité.

Aux termes de l'article 2 de ses statuts, l'AIPLF a pour but «de favoriser les initiatives de toute nature pour le rayonnement de la langue française. Elle participera à toute initiative qui aura pour but de défendre et d'illustrer la culture française dans les pays entièrement ou partiellement francophones.

Elle participera à toute action qui aura pour but de développer et de faire connaître, par la langue française, les cultures et les civilisations des peuples qui font un usage habituel du français, sans être de culture et de civilisation françaises. L'AIPLF entend ainsi, par l'étude de questions culturelles, économiques et sociales d'intérêt commun et par le soutien des initiatives qui en découlent:

- constituer entre les parlementaires qui la composent, une étroite coopération pour renforcer la solidarité que l'usage de la langue française crée entre eux,
- et contribuer à l'instauration d'un véritable dialogue des cultures.»

Structures

L'Assemblée générale se réunit en principe au moins une fois tous les deux ans. Au cours des vingt-et-une années d'existence de l'AIPLF, l'Assemblée a siégé à seize reprises. Le Bureau se réunit à l'occasion des assemblées générales ainsi que lors de sessions de printemps. Il se compose de 10 à 15 membres.

Le secrétariat général a son siège à Paris. Le président de l'AIPLF est actuellement M. Martial Asselin, sénateur canadien. Le secrétaire général parlementaire est M. Jacques Legendre, député-maire de Cambrai.

Composition

L'article 3 des statuts règle la composition de l'Association. Elle se compose «de parlementaires groupés en sections nationales, formées par des parlements ou au sein des parlements des Etats où la langue française est langue officielle ou de communication, ou bien langue fréquemment parlée.»

Il est formé dans les Etats unitaires une seule section nationale. A l'heure actuelle, on en compte dans les Parlements de Belgique, du Brésil, du Cameroun, des Comores, du Congo, de Côte d'Ivoire, de Djibouti, d'Egypte, de France, du Gabon, de Jersey, du Liban, du Luxembourg, du Mali, du Maroc, de l'île Maurice, du Monaco, du Rwanda, du Sénégal, des Seychelles, de Syrie, du Togo, de Tunisie, du Vanuatu et du Zaïre.

Dans les Etats de constitution fédérale, «en plus de la section issue du parlement national, des sections issues des parlements des Etats ou des provinces peuvent être créées dans les mêmes conditions que les sections nationales».

C'est ainsi qu'en plus de la section du Canada, il en existe dans les provinces du Nouveau-Brunswick, de l'Ontario et du Québec. En Suisse, en plus de la section créée par des députés à l'Assemblée fédérale, on compte une section jurassienne (depuis 1979) et une section genevoise (depuis 1986).

Enfin, remarquons l'existence de sections associées en Louisiane et dans le Maine (USA) et au Val d'Aoste (Italie).

Réalisations

Parmi les réalisations de l'AIPLF, il convient de citer principalement la création de l'Agence de coopération culturelle et technique (ACCT). Signalons aussi la lutte contre la sécheresse au Sahel, un symposium sur les femmes dans la vie parlementaire, des études sur l'énergie solaire, les problèmes de l'immigration des travailleurs, l'accès à la mer des pays enclavés, la maîtrise de l'espace, la télématique ainsi que des stages de formation pour journalistes et documentalistes parlementaires.

Accréditations

L'AIPLF est accréditée auprès du Conseil de l'Europe, du Conseil économique et social des Nations Unies, de l'UNESCO et de l'OIT. Elle entretient des rapports réguliers, entre autres, avec l'Union interparlementaire (UIP), et la «Commonwealth Parliamentary Association».

Section suisse de l'AIPLF

Des parlementaires fédéraux et certains députés cantonaux ont participé dès 1968, de manière intermittente et à leurs frais, aux assemblées générales de l'AIPLF. La section suisse a toujours réuni une quarantaine de membres de l'Assemblée fédérale ayant donné leur adhésion à titre individuel. Parmi eux, on a compté quelques Alémaniques. Son président est M. Guy-Olivier Segond, conseiller national, qui vient de remplacer M. Pierre de Chastonay. Chaque membre acquitte une cotisation annuelle de 40 francs.

Motifs à l'appui de la proposition de la commission

Au moment où le Conseil fédéral, en réponse à plusieurs interventions parlementaires, déclare soutenir la collaboration établie au niveau de la langue et de la culture au sein de l'AIPLF, il convient de revaloriser le rôle de la section suisse de l'AIPLF en lui accordant un statut officiel par le biais d'un arrêté fédéral comparable à celui concernant l'UIP. De cette

manière, elle bénéficiera du minimum d'infrastructure propre à assurer la bonne marche de son activité.

Ne disposant que de ressources de l'ordre de 1600 francs par an, la section suisse existe sans pouvoir agir véritablement. Faute d'une amélioration de son statut, il ne resterait plus, à la section suisse, qu'à se saborder, renonçant ainsi à de précieux contacts internationaux.

L'évolution historique a fait du français à la fois une langue nationale et officielle de la Suisse et une langue internationale. Cette situation représente un atout dont notre pays doit tirer parti et qui permet d'établir une coopération culturelle avec plus de 40 Etats dans les cinq continents.

La section suisse de l'AIFLF n'a jamais jugé qu'une langue avait la suprématie sur une autre. Mais, elle considère qu'il est nécessaire qu'il y ait plusieurs langues qui puissent jouer un rôle universel, dont la langue française. Elle n'a jamais été et ne sera jamais un ghetto culturel francophone que l'on pourrait suspecter de volonté séparatiste, dans lequel ne seraient admis que ceux dont le français est la langue maternelle. C'est la raison pour laquelle l'initiative de Chastonay prévoit la représentation des diverses langues nationales dans la délégation officielle de l'Assemblée fédérale dont la constitution est proposée.

La commission approuve les efforts du Conseil fédéral pour améliorer la place de la langue allemande sur le plan international. Elle n'a pas d'objections aux contacts étroits que notre pays entretient avec la République fédérale d'Allemagne et avec l'Autriche dans les domaines de l'économie, des finances et des transports. A supposer que des associations de parlementaires de langue allemande ou italienne voient le jour, elle estime que la Suisse se devrait d'y adhérer.

En acceptant l'initiative, le Parlement fédéral en tant que tel formerait une section nationale de l'AIFLF. La délégation suisse au sein des conférences jouirait d'un poids supplémentaire que lui donnerait un statut officiel. Les délégués qui y interviendraient n'engageraient pas la Confédération ni même le Parlement. Dans les domaines culturels ou relevant de la coopération au développement, la commission ne voit pas de limite à leur activité. En revanche, en matière politique proprement dite, ils devraient maintenir l'attitude réservée qu'ils ont observée jusqu'ici, comme d'ailleurs à l'Union interparlementaire.

La commission observe qu'il ne serait pas souhaitable que, faute de moyens, le Parlement fédéral ne soit pas représenté à l'AIFLF et que les seuls législateurs suisses présents et actifs soient des membres de Parlements cantonaux.

Comme le secrétaire d'Etat aux affaires étrangères, entendu lors des travaux de la commission sur ses expériences lors des sommets francophones de Paris et de Québec, l'a souligné: il y a un double parallélisme entre la position de la Suisse sur le plan gouvernemental et sur le plan parlementaire à l'échelon international. A l'ONU et dans les sommets francophones où des problèmes politiques sont également abordés et où des décisions sont prises, la Suisse jouit d'un statut d'observateur. A l'Union interparlementaire et à l'AIFLF, elle peut sans problèmes être membre à part entière car ces organisations ne votent que des résolutions qui n'ont pas un caractère contraignant.

L'adoption de l'arrêté fédéral proposé par l'initiative, fondé sur l'article 8bis de la loi sur les rapports entre les conseils qui traite de la collaboration au sein des organisations parlementaires internationales, conduirait à désigner une délégation de six membres des deux conseils. L'indemnisation des délégués, la prise en charge des frais de transport et le versement d'une contribution au siège central de 9000 francs suisses seraient à la charge de la caisse fédérale. Le budget annuel serait de l'ordre de 40 000 à 50 000 francs.

Antrag der Kommission

Die Kommission beantragt dem Nationalrat einstimmig:

1. der parlamentarischen Initiative de Chastonay Folge zu geben;
2. eine Kommission zu beauftragen, gestützt auf Artikel 8bis des Geschäftsverkehrsgesetzes einen Bundesbeschluss auszuarbeiten.

Proposition de la commission

La commission unanime propose au Conseil national

1. de donner suite à l'initiative parlementaire de Chastonay;
2. de charger une commission d'élaborer l'arrêté fédéral répondant aux exigences de l'article 8bis de la loi sur les rapports entre les conseils.

Präsident: Die Fraktion des Landesrings und der Evangelischen Volkspartei lässt erklären, dass sie diesem Antrag zustimmt.

Andere Wortbegehren liegen nicht vor.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Kommission

95 Stimmen
(Einstimmigkeit)

Schluss der Sitzung um 11.55 Uhr

La séance est levée à 11 h 55

Parlamentarische Initiative (de Chastonay) Internationale Vereinigung der Parlamentarier französischer Sprache

Initiative parlementaire (de Chastonay) Association internationale des parlementaires des langue française

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1988
Année	
Anno	
Band	III
Volume	
Volume	
Session	Herbstsession
Session	Session d'automne
Sessione	Sessione autunnale
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	15
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	87.225
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	06.10.1988 - 08:00
Date	
Data	
Seite	1461-1464
Page	
Pagina	
Ref. No	20 016 721

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.